Deutschlandticket: 49 Euro sind für viele die Schmerzgrenze

Das Deutschlandticket wird über den Preis beworben. Bild: Sebastian Gollnow/dpa

Sollte das Deutschlandticket tatsächlich teurer werden, könnte laut einer Umfrage etwa jeder dritte Nutzer aussteigen. Bund und Länder streiten aktuell um die Finanzierung des ÖPNV-Abos.

Beim Deutschlandticket für den Nahverkehr würden viele Nutzer eine Preiserhöhung nicht mitmachen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Yougov-Instituts im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur. Demnach ist für mehr als ein Drittel der Deutschlandticket-Inhaber und -Interessenten (37 Prozent) der derzeitige Preis von 49 Euro pro Monat die Grenze. Sie würden das Abonnement für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) kündigen oder nicht weiter in Erwägung ziehen, sollte es eines Tages teurer werden.

23 Prozent würden bei einer Erhöhung um zehn auf 59 Euro noch mitgehen, ab dann aber ebenfalls aussteigen. Immerhin fast jeder dritte Abonnent oder Interessent würde auch ein noch teureres Ticket behalten oder kaufen. Sechs Prozent der befragten Inhaber und Kaufinteressierten wäre sogar bereit, bis zu 89 Euro pro Monat zu zahlen.

Seit einem halben Jahr gibt es das Deutschlandticket. Abonnentinnen und Abonnenten können damit bundesweit Busse und Bahnen des Nah- und Regionalverkehrs nutzen, ohne sich Gedanken über unterschiedliche Tarife oder Verbünde machen zu müssen. Das Abo kostet seit Einführung 49 Euro pro Monat.

Streit um Kostenübernahme

Bund und Länder streiten über die Finanzierung des Angebots vom kommenden Jahr an. Kern der Diskussion ist die Frage, wer mögliche Mehrkosten trägt, die den Verkehrsunternehmen aufgrund der niedrigeren Einkünfte durch das vergünstigte ÖPNV-Angebot entstehen. Nicht ausgeschlossen ist, dass das Ticket teurer wird. An diesem Montag ringen die Regierungschefinnen und -chefs der Länder mit Bundeskanzler Olaf Scholz auf einer Ministerpräsidentenkonferenz um eine Lösung.

Das seit Mai gültige Angebot gibt es nur als Abo. Es verlängert sich jeden Monat automatisch neu, solange es nicht gekündigt wird. Das ist zwar monatlich möglich.

Trotzdem würde sich fast die Hälfte der Verbraucher – Inhaber und Nichtinhaber – der dpa-Umfrage zufolge ein Modell wie beim sogenannten 9-Euro-Ticket wünschen. Den Vorgänger des Deutschlandabos gab es zwischen Juni und August 2022. Das 9-Euro-Ticket galt pro Monat und musste in der Zeit für die einzelnen Monate jeweils neu gekauft werden.

Für die Umfrage wurden vom 27. bis 30. Oktober 2120 Personen ab 18 Jahren in Deutschland befragt. Die Ergebnisse wurden gewichtet und sind repräsentativ für die Bevölkerung ab 18 Jahren.

Die Frage nach dem noch akzeptablen Preis beantworteten jene 936 Befragten, die ein Deutschlandticket besitzen oder sich dessen Kauf vorstellen können. Die Frage lautete konkret: „Ab welchem Preis wäre das Deutschlandticket nicht mehr interessant für Sie bzw. würden Sie es kündigen?" Nicht abgefragt wurde, ob Nutzer des Deutschlandtickets weniger Auto fahren.

Der Interessenverband Allianz pro Schiene forderte langfristige Finanzierungszusagen „Das Deutschlandticket ist von unschätzbarem Wert für die Verkehrswende. Sein Potential entfaltet es aber nur mit einer langfristigen Finanzierungsperspektive", sagte Verbandsgeschäftsführer Dirk Flege am Sonntag der Deutschen Presse-Agentur. „Bundeskanzler Scholz nannte schon das 9-Euro-Ticket „eine der besten Ideen, die wir hatten". Nun liege es auch in seiner Verantwortung, dass es zwischen Bund und Ländern zu einer belastbaren Lösung für das Nachfolgeticket komme.

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen geht davon aus, dass die Verluste für die Branche in diesem Jahr wegen des Ticketstarts erst im Mai bei 2,3 Milliarden Euro liegen und für das ganze Jahr 2024 bei 4,1 Milliarden Euro. Bei den bisher zugesagten sechs Milliarden Euro an öffentlichen Zuschüssen für 2023 und 2024 ergibt sich unter dem Strich eine Finanzierungslücke von 400 Millionen Euro.

Quelle: faz.net